



Ausschuss für Kommunalpolitik

4. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtrags- haushaltsgesetz 2010) **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

– erster Beratungsdurchgang

Und:

- 2 Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/207
- Vorlage 15/73
- erster Beratungsdurchgang
- Diskussion 6
- 3 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Zensusgesetz 2011** 15
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/15
- Vorlage 15/22
Ausschussprotokoll 15/38 (Anhörung)
- Abschließende Beratung und Erarbeitung eines Votums an den federführenden Innenausschuss
- Der Ausschuss verzichtet nach eingehender Diskussion auf ein Votum an den federführenden Innenausschuss.
- 4 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales** 21
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/98
- Erarbeitung eines Votums an den federführenden Ausschuss
- Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum an den federführenden Innenausschuss zu verzichten.

5 Gesetz zur Änderung des Bürokratieabbaugesetzes I 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/143

- Erarbeitung eines Votums an den federführenden Innenausschuss

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der LINKEN, dem federführenden Innenausschuss zu empfehlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Wiederaufbau der Kommunalfinanzen nach der Finanzkrise – Anreizsysteme statt Freifahrtscheine 23

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/125

- Vereinbarung des Beratungsverfahrens

Der Ausschuss beabsichtigt die Durchführung einer Anhörung zu dem Thema. Der genaue Termin soll in der Sondersitzung des Ausschusses am 11. November beschlossen werden. Bis dahin sollten die Fraktionen auch die Sachverständigen benennen und gegebenenfalls Fragenkataloge erarbeiten.

Verschiedenes 24

- weitere Termine 24